

Zusammenfassung der Veranstaltung am 17.3.2021

Die europäische Asyl- und Migrationspolitik – Auswirkungen und Ausblick – am Beispiel von Samos und Lesbos

Liebe Teilnehmende,

Osnabrück, 9.4.2021

wir haben die Beiträge der Podiumsdiskussion vom 17.3.2021 zusammengefasst. Sie finden zudem Links zu einzelnen Beiträgen, die von Herr Kasperek, Frau Bihari und anderen im Laufe der Veranstaltung im Chat geteilt wurden in einem separaten Dokument. Wir haben außerdem die Facebook, Instagram und Webseiten der Organisationen verlinkt, sodass sie diese gerne unterstützen können und sich informieren können, was auf den Inseln und an unseren Grenzen passiert!

Wir danken Ihnen für Ihre Teilnahme – und wie immer gilt – spread the word and keep up the good work!

Anna-Magdalena Papadopoulos und Alexandra Franke

Caritasverband für die Diözese Osnabrück

Wer hat teilgenommen?

Philippa und Eric Kempson „The hope project“

- Das Ehepaar lebt seit 2000 auf Lesbos
- Sie waren von 2014 – 2019 an der Nordküste ansässig und haben dort Boote in Empfang genommen und die Geflüchteten versorgt
- Seit 2019 bietet das Hope Projekt unterschiedliche Angebote für und mit Geflüchteten an wie bspw. Kulturprojekte (Theater, Musik, Kunst) Frauenprojekte, einen Friseursalon uvm., um das Leben der Geflüchteten einfacher zu machen

Bitte informieren Sie sich hier <https://www.hopeprojectgreece.org/about-us> über die Arbeit des Projekts und besuchen Sie „The Hope Project“ auf Facebook und „hopeprojectorg“ auf Instagram.

Simone Innico – NGO Samos Volunteers

- Samos Volunteers ist eine griechische NGO auf der Insel Samos, die mehrere Angebote für Geflüchtete bereitstellt:
 - Wäschestation für alle Geflüchteten
 - Zufluchtsräume für junge Mädchen und Frauen
 - Workshops
 - Gemeinsames Café
 - Bildungsangebote

- 4 Sprachangebote Deutsch, Englisch, Griechisch und Französisch
- Enge Kooperation mit weiteren NGOs
 - Medizinische Versorgung
 - NGOs die Lebensmittel im Camp bereitstellen.

Bitte informieren Sie sich hier <https://www.samosvolunteers.org/> über die Arbeit der NGO und besuchen Sie Samos Volunteers auf Facebook und samosvolunteers auf Instagram.

Bernd Kasperek

- Wissenschaftler mit Fokus auf Grenz- und Migrationsstudien speziell Frontex
- Forschungsarbeiten in Griechenland an den EU-Außengrenzen
- Auseinandersetzung mit den verschiedenen Reformen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems GEAS

Bitte informieren Sie sich hier <https://b-kasperek.net/> über die Arbeit von Herrn Kasperek und besuchen Sie die Webseite des gemeinnützigen Vereins <https://bordermonitoring.eu/> der sich u.a. mit dem europäischen Grenzregime auseinandersetzt.

Fanni Bihari

- Fachpolitische Beraterin von Eric Marquardt im Europäischen Parlament zum Thema Asyl und Migration
- Im Rahmen des Komitees für Eric Marquardt: Beschäftigung mit den Asylmechanismen in Europa
- Arbeitsgruppe: Beschäftigung mit den Vorwürfen zu Frontex' Menschenrechtsverletzungen

Themenkomplex I: Die Situation auf den Inseln

Lesbos

- Die Situation auf der Insel Lesbos war schon immer ein Drama
- Die Gründer von „The Hope Project“ haben ursprünglich an der Nordküste gelebt. Dadurch sind sie Zeugen der Geschehnisse direkt vor Ort geworden. Im Jahr 2015 kamen täglich 4.000 bis 12.000 Menschen pro Tag auf der Insel an
- In der alltäglichen Arbeit gab es immer auch wieder Probleme mit Faschisten, die versucht haben Leute von den Booten festzuhalten und auch das Ehepaar immer wieder eingeschüchtert. Die Logik der Faschisten war, wenn Menschen wie beim Hope Project nicht geholfen hätten, wären die Geflüchteten nicht gekommen.
- Den Menschen in den Lagern wird mit Festnahme gedroht, sollten sie etwas über die Situation im Camp sagen
- Menschen, die mit Ferngläsern oder Laptops an der Nordküste gesichtet wurden, wurden festgenommen oder in Gewahrsam genommen
- Viele politische Gruppen, NGOs und z.B. Sea Watch müssen sich der Anschuldigung des Menschenschmuggels stellen → NGOs werden kriminalisiert
- Momentan leben sehr viele Familien auf der Insel Lesbos

- Manche Geflüchtete müssen bereits fünf Tage nach ihrer Ankunft sofort die Asylanhörnung machen. Diese Menschen haben gar keine Zeit an irgendwelche Informationen zu gelangen, denn sie sind noch in Quarantäne.
- Sie finden keine Rechtsbeihilfe und wenn das Interview begonnen wird, müssen Anwälte spätestens fünf Tage danach Dokumente einreichen. Es ist also so gut wie unmöglich ein Asylverfahren angemessen durchzuführen.
- Es gibt wirklich gute Rechtsbeistände vor Ort, aber es gibt einfach zu viele Neuankömmlinge, um die sie sich kümmern müssen.
- Sobald der Asylantrag dann positiv beschieden wird, erhalten die Geflüchteten kein Geld und keine Versorgung mehr
- Als The Hope Project mit der Arbeit begonnen hat, hätten sie niemals gedacht, dass sie sich nach sechs Jahren immer noch mit der Arbeit beschäftigen würden.
- Immer wurde gesagt, dass die Europäische Union Hilfen für solche Notsituationen hat. Es wäre nur eine Frage von Wochen bis Hilfe kommt. Doch aus den Wochen wurden Monate, aus den Monaten Jahre und bis heute ist immer noch nicht ausreichend Hilfe angekommen.

Das Leben auf der Insel/in dem Camp für die Geflüchteten auf Lesbos

Brand in Moria im September 2020 – Moria 2.0

- Im September 2020 ist das Camp Moria abgebrannt.
- 10 Tage lang mussten 13.000 Menschen in einem militärischen Speergebiet auf den Straßen leben
- Nach den 10 Tagen wurden die Geflüchteten umverteilt in ein temporäres Lager. Zitat The Hope Project: „Ich dachte nie, dass irgendwas schlimmer sein kann als Moria, aber nun haben wir diese Situation.“
- Das neue Lager Moria 2.0 ist auf einem alten Truppenübungsplatz errichtet. Der Boden ist verseucht mit Schwermetallen
- Die Situation für die Geflüchteten ist sehr hart. Sie sind der Witterung tagtäglich ausgesetzt. Es gibt regelmäßig Überflutungen, wenn es regnet. Im Winter sind die Geflüchteten draußen und können sich kaum warmhalten – gerade auch Familien mit Kindern
- Die geschätzte Anzahl der Menschen in Moria 2.0 liegt bei ca. 7000 Menschen
- Diese schlimmen Situationen herrschen nicht nur in den Camps. Es gibt auch Geflüchtete die in Notunterkünften untergebracht sind oder auf der Straße leben – all diese Menschen haben kein Geld und keine Grundversorgung.
- Es gibt noch ein zweites Lager auf der Insel, was von der Gemeinde betrieben wird. Dies sei ein wenig besser als das Camp Moria.
- Doch Ende des Monats (März 2021) soll dieses Camp von der Gemeinde geschlossen werden. Alle Geflüchteten und Familien mit besonderem Schutzbedarf werden in das neue Lager umgesiedelt oder landen auf der Straße
- Aktuell gibt es auf der Insel das Moria Lager 2.0 und das Lager von der Gemeinde, was geschlossen werden soll.
- Die Regierung möchte auch die Unterbringung der Menschen in Notunterkünften unterbinden und die Menschen von dort im Camp unterbringen

Das neue Camp auf Lesbos

- Das neue Lager auf Lesbos wird voraussichtlich niemals gebaut werden – es wird nur Geld in das Projekt gepumpt
- Moria 2.0 wird jetzt bei gutem Wetter wieder hergerichtet werden
- Von dem Geld für das neue Camp wird vieles nicht in das Camp fließen
- Im Jahr 2020 gab es auf Lesbos einen Bürgeraufstand der Bewohner*innen, die Regierung hat ganze Bataillone von Militärpolizei geschickt ohne die lokale Polizei davon in Kenntnis zu setzen, es gab Straßenschlachten zwischen Bewohner*innen und Militärpolizei – sehr viel Gewalt, sehr viel Feuer
- Die Bewohner der Insel wollen kein Camp in dem Geflüchtete weggesperrt werden auf dieser Insel
- Der Gemeinderat auf Lesbos hat dem neuen Camp mit 16 zu 14 Stimmen zugestimmt
- Die Gemeinde bekommt für diesen Deal ein Schwimmband, ein Strandbad und mehr
- Einige Leute werden von diesem Deal profitieren, die meisten Bewohner der Insel, die vom Tourismus abhängig sind, werden untergehen, da Lesbos keine Touristeninsel mehr sein wird, wenn hier ein geschlossenes Lager gebaut wird
- Die politische Meinung hat sich um 180 Grad gedreht, die die jetzt dafür gestimmt haben, haben letztes Jahr noch den Protest dagegen angeführt
- Es sollte niemals auf der Welt geschlossene Camps geben, aus finanzieller und logistischer Sicht ist es unverständlich, dass diese Lager existieren
- Es werden sehr viele Ressourcen in diese Lager gesteckt, das meiste Geld wurde aber von den lokalen Behörden entgegengenommen für z.B. den Bau von Straßen

Corona

- Auf der Insel Lesbos kommen immer noch Geflüchtete an. In den letzten drei Wochen kamen 7 Boote an (17.3.2021)
- Wegen der Pandemie war es diesen anerkannten Menschen zwar erlaubt in Wohnungen zu bleiben, allerdings hatten sie kein Geld für Lebensmittel usw.
- Die Pandemie verändert tatsächlich die Arbeit, die wir vor Ort tun. Sie arbeiten jetzt so, dass sie die Geflüchteten versorgen von Zelt zu Zelt gemeinsam mit verschiedenen Akteuren vor Ort, die täglichen Angebote, die das Projekt eigentlich ausmachen, musste schließen

Das Leben auf der Insel/ in dem Camp für die Geflüchteten auf Samos

- Flüchtlingspopulation im Camp: 3000 Menschen – vor Corona waren es noch 8000 Geflüchtete
- Die Situation auf den fünf Inseln entspricht nicht der Normalität. Es ist Ausnahmezustand, weit weg von der Normalität
- Das Camp auf Samos ist überfüllt und das war es seitdem es 2015/2016 geöffnet wurde
- Die offizielle Campstruktur ist darauf ausgelegt, 700 Menschen Obhut zu bieten
- Momentan kommen keine Geflüchteten auf der Insel Samos an
- Viele Menschen befinden sich in Zelten und campen außerhalb des großen Camps auf Samos
- Der Zugang zu Elektrizität, Heizung und fließend Wasser ist quasi nicht vorhanden

- Es gibt einige Organisationen vor Ort, die Unterstützung anbieten:
 - Ärzte ohne Grenzen
 - UNICEF
- Es gibt sehr viele Insekten, Schlangen und Ratten im Camp, die von der Lebenssituation und dem nicht Vorhandensein eines Müllsystems angezogen werden
- Bei starken Regenfällen findet immer eine vollständige Überflutung statt. Das bedeutet natürlich, dass das Wasser frei durch die Zelte fließen kann und den ganzen Müll mit sich zieht
- Der Transfer von Geflüchteten aufs Festland hat abgenommen
- Die Einstellung auf Samos der lokalen Bevölkerung zum Camp ist zum Glück nicht so schlimm wie auf Lesbos, es gab zwar auch Angriffe und Zusammenstöße aber es gibt auch eine Solidaritätsbewegung
- Sie sehen auf Samos die Konsequenzen der Entscheidungen, die weit weg von hier getroffen werden und die lokale Bevölkerung sowie die Geflüchteten sind von dieser Entscheidung betroffen

Themenkomplex II: Push-Backs und Frontex

Was sind Push-Backs?

- Der Begriff Push-Backs ist immer verbunden mit dem sog. Non-Refoulement Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention
Die Konvention besagt, dass keiner der vertragschließenden Staaten einen Geflüchteten auf irgendeiner Art und Weise über die Grenzen von Gebieten zurückweisen darf, in denen sein Leben bedroht sein würde.
Das ist einer der zentralen Argumente der Konvention.
- Das Problem besteht darin, dass Staaten die Genfer Flüchtlingskonvention ratifizieren können, aber dennoch in der Macht sind zu sagen, wir haben selbst über bestimmte Abschnitte in der Konvention die Verantwortung – und das bietet die Grauzone für Push Backs.
- Staaten schicken Geflüchtete in andere Länder zurück, wo ihr Leben oder ihre Unversehrtheit gefährdet ist, was laut Genfer Flüchtlingskonvention nicht erlaubt ist
- Die Europäische Union hat lange versucht Drittländer wie bspw. die Ukraine, Türkei oder Libyen als sichere Herkunftsländer zu deklarieren. Dann wäre es kein Push Back mehr, weil dann argumentiert werden kann, dass in diesen Staaten ein Asylverfahren möglich ist.
- In der Türkei gibt es trotz des EU-Türkei Deals nach wie vor lediglich die Ratifikation mit der Genfer Flüchtlingskonvention, jedoch mit geographischen Begrenzungen. Das bedeutet, dass die Genfer Flüchtlingskonvention in der Türkei nur für Geflüchtete aus Europa gilt. Es wird daran ersichtlich, dass die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem zweiten Weltkrieg stammt und damals viele Geflüchtete aus der Europäischen Union kamen und in der Türkei Schutz gesucht haben.

- Diese geographische Begrenzung wendet aktuell nur die Türkei und ein weiteres Land an. In der Praxis bedeutet dies, dass wenn ein Mensch aus Afghanistan oder Syrien in der Türkei ankommt, dieser kein Recht auf ein Asylverfahren in der Türkei hat. Weitergefasst bedeutet das, dass es Griechenland und damit der Europäischen Union nicht erlaubt sein sollte Geflüchtete in die Türkei zurückzuschieben – erst recht nicht mit gewaltsamen Methoden auf dem Mittelmeer, die das Leben der Menschen in Gefahr bringt – das ist das Kernproblem von Push Backs.

Push Backs – aktuelle Informationen

- Die griechischen Behörden haben die Coronapandemie dazu genutzt, möglichst viele Menschen von den Küstengebieten, wo die Geflüchteten ankommen, fern zu halten. Sie wollen zudem eine Berichterstattung über die Push-Backs verhindern
- Die Push Backs sind weiterhin sehr konstant. Es gibt täglich Push-Backs und dadurch kommen nur noch wenig Geflüchtete vor Ort an.
- Diese Push Backs finden natürlich auch statt durch eine aktive Beteiligung der türkischen Küstenwache.
- Die Push Backs hätten schon 2013, 2014 und 2015 näher in den Blick genommen werden müssen. Schon damals hätten die verantwortlichen Menschen vor Gericht gestellt werden müssen. Jetzt sind wir an einem Punkt angelangen, wo sie sich im rechtsfreien Raum bewegen, weil sie sich unberührbar fühlen.
- Es gab immer schon Push Backs – es war immer abhängig von den jeweiligen Regierungen. Aber jetzt gewinnt das Ganze eine europäische Dimension, denn die europäische Grenzschutzagentur Frontex ist jetzt sehr stark in den Prozess auf dem Mittelmeer involviert.

Frontex

- Im Dezember 2015, in der Hochphase der Migration, wollte die EU-Kommission Frontex unbedingt reformieren
- Damals war Frontex nur ein kleiner Think Tank, die dann 2016 zu einer zentralen Einheit, einer zentralen Grenzschutzagentur umgewandelt wurde
- 2019 gab es ein neues Mandat mit 10.000 Grenzschützern, ein sehr wichtiger Aspekt und ein fragwürdiger Schritt im europäischen Projekt, denn die EU hat keine Armee, keine Polizei, es gibt nicht so was wie die FBI, es gibt zwar Europol aber das ist nicht vergleichbar
- Die EU hat ihren Binnenmarkt aber keine Zollpolizei
- Es gibt keine Exekutive auf dem Gesetzgebungslevel der EU
- Etwas, das als kleine Organisation gestartet hat, die technische Expertise bereitstellen sollte, hat sich nun zu einer Exekutivgewalt weiterentwickelt
- Die Agentur wurde ständig reformiert und keiner dieser Reformen wurde jemals vollständig durchgezogen
- Was die EU möchte, ist eine große Polizeibehörde an den Grenzen, um die Nationalstaaten so die Kompetenz wegzunehmen, selbst die Grenzen zu schützen.
- Aktuell gibt es viele Untersuchungen, die sich mit Frontex befassen
- Fakt ist, dass Frontex intensives Wissen über die Push Backs haben muss, wenn sie so viel Grenzüberwachung betreiben

- Videobeweise zeigen, dass einige der Push-Backs direkt mit Frontex in Verbindung gebracht wurden. Dem wird aktuell nachgegangen.
- Diese Informationen liegen auch der Europäischen Kommission vor, die handeln müsste
- Frontex müsste sich unter diesen Umständen eigentlich zurückziehen, denn es gibt Belege dafür, dass es sich bei den Push-Backs um starke Menschenrechtsverletzungen handelt
- Es braucht einen unabhängigeren Mechanismus um Frontex zu kontrollieren und zur Rechenschaft ziehen zu können
- All das existiert nicht und deshalb ist es eine gefährliche Konstruktion, die geschaffen wurde
- Wir haben eine Polizei, die nicht rechenschaftspflichtig ist und das ist die momentane Lage
- Die Agentur muss sich an die Grundrechte Europas halten, an die europäische Menschenrechtskonvention und natürlich auch an das europäische Gesetz. Das bedeutet, dass die Agentur natürlich kein Wissen von kriminellen Aktivitäten haben kann und dann nichts dagegen tun kann.
- Das Problem liegt u.a. bei den Nationalstaaten, die mit Frontex zusammenarbeiten. Da gibt es ein großes Transparenzproblem.
- Aktuell wurde eine Prüfgruppe im EU-Parlament ins Leben gerufen
- Frontex ist viel zu schnell gewachsen, hat ein zu hohes Mandat bekommen und all das führt zu diesen Problemen

Themenkomplex III: der EU-Türkei-Deal

- 2015 hat die EU Kommission den Hotspot-Approach vorgeschlagen
- Im Winter 2016 als die Hotspots in Griechenland in Betrieb gingen, waren diese noch als Registrierungszentren vorgesehen, die man in 24 Stunden durchläuft
- Laut Bürgermeister von Chios gab es vor dem Beginn des EU-Türkei Deals Tausende von Menschen, die die Insel passiert haben, aber dann sind die Registrierungszentren in Festnahmelager umgewandelt worden
- Das wurde schnell zu einem Problem, denn die Menschen wurden an der Grenze festgehalten und es herrscht die Auffassung, dass es den Menschen nicht erlaubt ist ein Asylverfahren in Griechenland zu beginnen, denn sie sollen ja in die Türkei zurück
- 28 Staats- und Regierungschefs haben einen Deal mit Erdogan abgeschlossen, der Deal ist sehr dubios und hätte so nie ins Leben gerufen werden dürfen
- Er existiert inzwischen seit fünf Jahren und ist der Grundpfeiler des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Den gleichen Deal gibt es auch in Italien mit Libyen.
- Die EU zahlt der Türkei viel Geld, um bei der Integration von Geflüchteten in der Türkei zu helfen und, dass ab und zu mal ein Syrer/ eine Syrien durchgelassen wird und alle anderen Menschen müssen da bleiben.
- Was 2015 vorgeschlagen wurde, war eine Intervention europäischer Behörden, wir haben also den griechischen und italienischen Grenzschutz, wir haben die griechischen Asyl- und Aufnahmebehörden und die Kommission schlug vor, eine Behörde zur Unterstützung dieser Behörden zu schicken z.B. Frontex

- Die Idee dahinter war es nicht Lager zur Festnahme von Menschen zu bauen, sondern sicherzustellen, dass es schnelle Aufnahme- und Asylverfahren gibt und die Menschen dann in Europa zu verteilen. Dies hätte die Situation auf den Inseln drastisch verändert, denn die Menschen wären nicht an einem Ort steckengeblieben, es gab also eine Alternative zu der Realität, die wir heute sehen
- Mit dem EU-Türkei Deal hat sich dies geändert, dies war ein dysfunktionaler Deal von Anfang an, die meisten Elemente haben von Anfang an nicht funktioniert z.B. dass die Türkei die abgelehnten Asylbewerber wieder aufnimmt
- Trotzdem gibt es immer wieder neue Ideen zu weiteren Deals. So gibt es bspw. schon Gespräche zu einem neuen Abkommen zwischen der Türkei und Deutschland.
- Der Deal hat aber die politische Vorstellung verändert, nämlich dass es in Zukunft immer noch möglich sein würde, die Asylsuchenden die an den griechischen Küsten ankommen, in die Türkei zurückzusenden um sie loszuwerden, dieses politische Bild hat sich seitdem gefestigt

Themenkomplex IV: Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)

- Die EU-Kommission hat am 23. September 2020 ein Gesetzespaket zur Reform des GEAS vorlegt, mit dem sie „die seit Jahren festgefahrenen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten wieder in Gang bringen“ wolle.
- Es soll ein Screening-Verfahren geben an den Grenzen der EU, normalerweise müsste es möglich sein ein Asylverfahren zu durchlaufen, wenn man an der Grenze ankommt, nun wollen sie mit dem Screening-Verfahren sehen, ob es den Menschen überhaupt „erlaubt“ ist, ein Verfahren zu durchlaufen
- Im neuen Entwurf des GEAS ist vorgesehen, dass die Asylanörungen fünf Tage nach Ankunft stattfinden sollen, in diesen fünf Tagen kann man nicht mit Anwälten arbeiten, seine Dokumente nicht sammeln und sein Anliegen nicht vernünftig vortragen und diese Vorgehensweise soll dazu dienen die Irrvorstellung aufrecht zu erhalten, dass diese Menschen kein Asylverfahren haben dürfen
- Wenn man sich den neuen Pakt anschaut; interessant; Frontex ist gar nicht so viel erwähnt, es gibt kein neues Mandat für die Agentur, es gibt nicht mehr Geld und keine neue Rolle, die sie einnehmen sollen, da es 2016 und 2018 bereits weitreichende Reformen gab
- Deutlich erkennbar ist schon jetzt, was rechtlich bindend ist und was nur eine Richtlinie ist. Die Themen bei denen Gesetze vorgeschlagen werden, das sind jene, die die Situation der Geflüchteten verschlechtern wird.
- Wo keine Aussagen getroffen werden sollen, verstecken sich Richtlinien, die eben nicht rechtlich bindend sind.
- Hinter diesen Vorschlägen stecken meist Mitgliedsstaaten und nicht die europäische Kommission
- Im Themenfeld Rettungsorganisationen gibt es keine Vorschläge, die wirklich rechtlich bindend sind und Verbesserungen implementieren würden
- Wenn es jedoch um Lager, Grenzprozeduren, Festnahmen und Push Backs geht, dann werden in dem Deal sehr konkrete Aussagen getroffen.

- Die Vorschläge werden nicht umsetzbar sein, wenn die einzelnen Mitgliedstaaten nicht von der Idee abkommen, dass sie Bewegungen unterbinden können in einem Kontinent der freien Bewegung.
- Viele Juristen verstehen noch nicht mal die Bedeutung einzelner Artikel und es wird uns in der Realität nicht näher an ein humanes System bringen.
- Wenn man sich jetzt den neuen Pakt anschaut, dann ist dieser sehr kompliziert und voller lächerlicher Formulierungen wie „Abschiebepatenschaft“
- Wahnwitzig: Die Solidarität des Pakts, also Geflüchtete aufzunehmen, ist nicht obligatorisch, dieser Vorschlag hätte niemals durchgehen sollen
- Wir haben Instrumente, versuchen diese aber zu ignorieren, wenn wir uns die Grenzprozeduren anschauen, sehen wir dass es in keinem Land funktioniert
- Das System funktioniert schon nicht im Kleinen, wie soll es im Großen funktionieren?
- Zurzeit gibt es keine Verhandlungen über den neuen Vorschlag, den Vorschlag haben wir von der Kommission bekommen, dann kommt das Parlament und der Rat der EU, setzen sich separat voneinander zusammen und versuchen den Vorschlag zu verstehen und jetzt sind wir gerade in der Phase
- Es gibt kein Mandat bis das nicht verstanden wurde und wenn es kein Mandat gibt, dann gibt es auch keine Diskussion, wir sind in Schritt 1
- Die Verhandlungen werden auf Ebene des Rates wieder festhängen, das war 2016 schon das Problem weil die Kommission schon einmal eine Reform des GEAS nach vorne gedrückt hat, aber der Rat hatte keine Lösung und so sieht es jetzt auch aus
- Es gab große Hoffnungen, dass die deutsche Ratspräsidentschaft Reformen durchsetzen würde, doch es wurde kein politisches Kapital angewandt
- Aus politischer Sicht wird es schwer Reformen durchzusetzen, denn es gibt viel zu viele verschiedene Ansätze, die in Konkurrenz miteinander stehen → Null Migration und liberalere Ansätze
- Ungarn und Polen → Null Migration, Vorschläge gehen nicht weit genug
Griechenland, Italien, Malta und Zypern → die EU möchte Gefängnisse an den Außengrenzen (also in ihren Ländern) errichten, und das akzeptieren sie nicht
- Es gibt übergreifende Sperrminoritäten im Ministerrat und es gibt die Ansicht, dass die Mitgliedsstaaten sehr viel Mitspracherecht haben und deshalb hängen wir fest
- Diese beiden Ansätze werden nicht miteinander zu versöhnen sein
- Daher ist es zweifelhaft, ob in den nächsten Jahren Ergebnisse kommen werden, vielleicht mit der französischen Präsidentschaft des Europäischen Rates in 2 Jahren

Auswirkungen der europäischen Asylpolitik allgemein

- Die sog. Flüchtlingskrise war niemals eine Krise, Europa hat sie dazu gemacht
- Worte wie „Flüchtlingswelle“ oder „Hotspot“ schaffen ein politisches Narrativ, das nicht anerkennt, dass es legale und reale Migration gibt, der man nicht entgegen wirken kann
- Migration wurde illegalisiert durch politische Entscheidungen
- Die politische Klasse der EU hat ein Interesse die Migration zu unterbinden

- Es ist nicht mehr möglich, ein Visum zu beantragen, wenn man in einem Land geboren wurde, das südlich der Sahara liegt oder Syrien/Afghanistan, man kann nicht mehr legal in die EU einreisen
- Menschliche Mobilität wird sich nicht ändern und ist eine Realität, die es schon vor tausenden von Jahren gab und es ist eine Entscheidung dies nicht anzuerkennen und alle verfügbaren Mittel und Werkzeuge, die man hat zu nutzen, um dieser Realität entgegenzuwirken; Migration wird immer existieren
- Stattdessen werden unglaubliche Geldbeträge genutzt, um die Geflüchteten in den Camps festzusetzen, die Kapazitäten von Frontex auszuweiten, Schmuggler zu bekämpfen, die nur existieren, weil es den Menschen nicht erlaubt ist, sich frei zu bewegen und die EU legal zu betreten
- Als Europäer haben wir die europäische Charta der Menschenrechte aus dem Fenster geworfen, die Verletzung der Menschenrechte hier vor Ort ist schrecklich und wird von Regierungen und Medien regelmäßig vertuscht
- Was wir in Europa tun in den letzten Jahren, ist eine massive organisierte Kriminalitätsstruktur aufbauen, die sich von Nordafrika bis nach Europa erstreckt, der Menschenhandel ist viel profitabler als z.B. der Drogenschmuggel
- Der EU Türkei Deal hat bewirkt, dass viele Schmuggler ihr Werk aufnahmen. Die Syrer sollten in der Türkei bleiben und auf legalem Wege in die EU einreisen, dann fingen 2015/16 die Schmuggler an
- Jetzt kommen keine Syrer*innen mehr an sondern Menschen aus Somalia, Kongo, Nigeria prinzipiell überall her, weil diesen Menschen von den illegalen Menschenhändlern ein Traum verkauft wurde, es gab nie den echten Versuch Migration und Flüchtlingsströme zu regulieren
- Wir fokussieren uns so sehr auf die Festung Europa, Alternativen werden nicht gesehen
- Wo geht das ganze Geld für die Reisen von diesen Menschen hin? In die Hände organisierter krimineller Organisationen und damit werden dann wieder Organisationen unterstützt, die den Krieg überhaupt erst ermöglicht oder angefangen haben
- 2015 hat die Überfahrt aus der Türkei ungefähr 1000€ pro Person gekostet, jetzt kostet sie 2800 €
- Welche anderen Optionen haben wir diesen Menschen gegeben? Wir reden über Zuwanderung, illegale Zuwanderung, wo ist die Legalität für diese Menschen? Wie können wir einen Weg schaffen für eine syrische Person legal in ein anderes Land zu fliehen?
- Es wird immer schwerer für die Geflüchteten Asyl in Europa zu finden – nicht zuletzt auch mit der Schaffung des EU-Türkei Deals, es wird versucht es immer unmöglicher zu machen Asyl beantragen zu können in Europa
- Es könnte den Anschein haben, als wäre das, was auf den Inseln passiert, am äußersten Rand von Europa und deshalb unwichtig, aber was dort passiert und wie man die Geflüchteten dort behandelt, zeigt möglicherweise die Zukunft der europäischen Asylpolitik – das könnte die Norm sein in der Zukunft – und deswegen ist die Arbeit vor Ort, von den NGOs so wichtig!

Letztes Statement

Simone Innico

- „Wenn es Wandel geben soll, muss die europäische Politik anerkennen, was wirklich in der Realität passiert.“

Bernd Kasperek

- „Ich möchte es so ausdrücken: Die Situation hat sich verschlechtert, das stimmt! Aber in den letzten Jahren gab es auch wirklich wunderbare solidarische Arbeit, neue Netzwerke haben sich gebildet und organisiert und ich denke darüber spricht man in den Medien eben nicht so oft, denn Leute sind damit beschäftigt wirklich vor Ort zu arbeiten und nicht auf Facebook zu posten. Ich möchte nur anmerken, dass es so viele Leute vor Ort gibt, die gute Arbeit machen und es ist möglich den Prozess umzukehren!“

Philippa Kempson, The Hope Project

- „Wir brauchen immer Hoffnung, egal was passiert – halten Sie sich alle an der Hoffnung fest. Es geht hier um Menschen! Wir reden hier nicht von Tieren, wir reden hier nicht von Bedrohungen oder sonst irgendetwas. Wir müssen uns daran erinnern, dass wir alle Menschen sind! Müssen uns an Menschlichkeit erinnern. Wir müssen aufhören der Angstmacherei zuzuhören, den Medien und den Rechtsextremen. Wir reden hier von Menschen! Es geht zum Teil um Kinder – die Kinder haben Träume und die Träume sind die Gleichen, die wir einmal hatten.
Diese ganzen Titel Flüchtling, Geflüchteter, Migrant - all das sind irgendwelche Wörter, die da zusammen in den Pott geworfen werden, aber es geht hier um Individuen – es geht hier um Väter, Söhne, Brüder, Schwestern, Mütter – **sie sind wir!** Und sobald wir anerkennen, dass sie WIR sind, werden wir eine Politik erzeugen können und durchsetzen können, die human ist. Die europäischen Politiker müssen sich die europäischen Werte genauer anschauen.“

Fanni Bihari

- „Wir sollten nicht zulassen, dass Rechtsextremisten den Kurs übernehmen und damit auch die Politik. Wenn man sich die Statistiken anschaut, dann hat sich die Einstellung zu Migration im Großen und Ganzen nicht verändert. Menschen sind nicht mehr rechts oder mehr faschistisch, als sie es noch vor ein paar Jahren waren. Im Allgemeinen sind europäische Menschen offen dafür, das Richtige zu tun, Regeln umzusetzen und Solidarität anzuwenden.“